

Nahe am Wasser gebaut

Spezielle Pflastersteine für neue Liegeplätze am Dortmund-Ems-Kanal

DORTMUND/EMDEN. Der Dortmund-Ems-Kanal (DEK) ist das Rückgrat des nordwestdeutschen Wasserstraßennetzes. Er verbindet auf insgesamt 265 Kilometern den Binnenhafen Dortmund mit dem Seehafen Emden. Um dem steigenden Verkehrsaufkommen und immer größeren Schiffen gerecht zu werden, arbeiten die Wasser- und Schifffahrtsämter seit Jahren am Ausbau dieser Wasserstraße. Erklärtes Ziel der Ausbauplanung nach dem Bundesverkehrswegeplan ist eine Erweiterung der DEK-Südstrecke für den Verkehr mit Großmotorgüterschiffen sowie mit Schubverbänden.

Um nach wie vor ausreichende Verkehrssicherheit zu gewährleisten, ist das Verbreitern und Vertiefen der Wasserstraße nötig. Auch müssen die Durchfahrtshöhen unter den Brücken angepasst werden und Liegestellen für diese Fahrzeuge vorhanden sein. Insbesondere an die Flächenbefestigung dieser Anlegestellen werden aufgrund der hohen Belastung durch schweres Umschlaggerät hohe Ansprüche gestellt. Eine Lösung hierfür fand man bei der Befestigung des neuen Anlegers in Hörstel-Riesenbeck im Landkreis Steinfurt.

Kurz vor dem so genannten „Nassen Dreieck“ – dem Abzweig des Mittelkanals aus dem Dortmund-Ems-Kanal – befindet sich der nördlichste Bauschnitt der DEK-Südstrecke zwischen Datteln und Bergesthövede. Zurzeit wird der Kanal hier am Los 16 auf 2,8 Kilometern Länge ausgebaut. Hierzu Franz-Josef Focks vom Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine, der die Arbeiten für den Ausbau leitet: „Moderne Großmotorgüterschiffe sind in der Regel 180 Meter lang und elf Meter breit. Damit die Fahrzeuge beim Manövrieren

und Begeben einen ausreichenden Sicherheitsabstand einhalten können, verbreitern wir die Wasserspiegelfläche von 42 auf 56 Meter. Teilweise muss dabei der Fels aus der Kanalsohle mit Meißeln, vom Wasser aus, gelöst werden. Dort, wo früher gemauerte Wände das Kanalufer begrenzen, setzen wir Spundwände in einer Höhe von circa 1,50 Meter über dem Wasserspiegel. Die Betriebswege werden beidseitig des Kanals auf großer Länge neu erstellt und die alten Liegestellen werden neu befestigt.“

Da die Gemeinde Hörstel entlang des Anlegers in Riesenbeck ein neues Gewerbegebiet plant, kommt der Befestigung der Fläche am Ufer des Kanals eine besondere Rolle zu. Franz-Josef Kordsmeyer, zuständig für Liegenschaften bei der Stadtverwaltung Hörstel, erklärt: „Die Gemeinde Hörstel möchte den Ausbau des DEK für sich als Wirtschaftsfaktor nutzen. Deshalb schaffen wir direkt am Kanal in Riesenbeck auf circa 100 000 Quadratmeter Fläche ein neues Gewerbegebiet. Der Clou ist, dass wir zwar keinen eigenen Hafen haben, dass aber durch die Verbreiterung des Kanals eine neue Liegestelle entsteht, die das Löschen von Großmotorgüterschiffen ermöglicht.“ Aus diesem Grund gab es seitens der Stadt genaue Vorgaben, welche Anforderungen die neue Liegestelle zu erfüllen hat. Das Löschen der Schiffe soll mit einem mobilen Ladekran mit einem Einsatzgewicht von etwa 70 Tonnen erfolgen. Flächen, auf denen sich solche Fahrzeuge bewegen, sind außergewöhnlich hohen Belastungen ausgesetzt. Deshalb wurde bei der Planung der Umschlagflächen nach einem Pflasterbelag gesucht, der die hohen Belastungen durch Fahr- und Rangierbewegungen ohne Verschiebungen aufnimmt. Neben der Belastbarkeit der Fläche formulierte die Gemeinde zusätzlich ihre Wünsche in puncto Optik und Gestaltung: „Unser neues Gewerbegebiet soll auch durch eine zeitgemäße Gestaltung der Außenanlagen ein modernes Image ausstrahlen“, so Franz-Josef Kordsmeyer.

Für die zu befestigenden rund 600 Quadratmeter Umschlagfläche fiel die Wahl auf das Pflastersystem UNI-Optiloc. Es gehört zur Gruppe der hochbelastbaren Ankerverbundpflaster. Ein System, bei dem sich jeder einzelne Stein mit einem Drittel seiner Flankenfläche unverrückbar mit einer Nachbarreihe verankert. Statische und dynamische Belastungen werden somit voll in die gesamte Fläche abgeleitet. Wegen der hohen Belastung des Umschlaggerätes entschied sich das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine für



Heute wird die neue Fläche noch in erster Linie durch Radfahrer auf der Dortmund-Ems-Route genutzt. Foto: marketing outsourcing

die Steinversion mit zwölf Zentimeter Stärke. Um zusätzlich auf Nummer sicher zu gehen, wurden die Steine vom Betonsteinhersteller Berding Beton GmbH aus Steinfeld mit einer besonders hohen Druckfestigkeit gefertigt. Mit seinen rechteckigen und quadratischen Formaten überzeugt auch die Optik dieses Pflastersystem. Erst bei genauerem Hinsehen fallen zwei Scheinfugen auf, die Bestandteil eines aus drei Segmenten bestehenden L-förmigen Ankerverbundsteines sind.

Ein erster Investor - die Ahlert Junior Mineralöl GmbH - hat bereits den neuen

Standort am Ufer des Kanals in Riesenbeck bezogen, mit weiteren Interessenten ist man nach Auskunft der Stadt Hörstel bereits in fortgeschrittenen Verhandlungen. „Die neue Liegefläche ist nun seit dem Frühsommer in Betrieb“, freut sich Franz-Josef Kordsmeyer. „Wir sind optimistisch, dass hier bald regelmäßig Schiffe vor Anker gehen. Bis hier der erste Ladekran über die Flächen rollt, wird der neue Uferabschnitt zumindest ausgiebig von den Radfahrern genutzt. Solange das Gebiet noch nicht vollständig erschlossen ist, führt nämlich die „Rad-Route Dortmund-Ems-Kanal“ direkt über die Fläche.“



Der Dortmund-Ems-Kanal bei Riesenbeck während des Ausbaus. Foto: WSA Rheine

Zukünftige Struktur der Ver- und Entsorgung

Forum für Kooperation in der Wasserwirtschaft lotet Formen der Zusammenarbeit aus

MÜNCHEN. Der Ausfall an staatlichen Fördergeldern, zu geringe Rücklagen für Investitionen in die Netzinfrastruktur bei den Kommunen und der Personalabbau machen es notwendig, neue Wege in der Wasserver- und Abwasserentsorgungswirtschaft einzuschlagen. Damit beschäftigte sich das Forum für Kooperation in der Wasserwirtschaft in München. Zertifizierte Rohrleitungsbauunternehmen für Instandhaltung, Unterhalt und Störungsdienst stärker als bisher einzubeziehen, wurde rund hundert Teilnehmern als ein Lösungsweg aufgezeigt, der Qualität und Sicherheit in der Ver- und Entsorgung langfristig sichert.

„Wir arbeiten seit Jahren in ihren Netzen“, rief Klaus Küsel, Präsident des Rohrleitungsbauverbandes, den Teilnehmern auf dem Münchner Informationsforum zu. Die Fachkräfte der Branche müssten aber weiter gebündelt werden, forderte Küsel die Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit. Nach einer Reihe von Vorträgen und einer Podiumsdiskussion zwischen den Experten waren sich alle Beteiligten aber darüber einig, dass die Entscheidungshoheit beim Wasser in kommunaler Hand verbleiben muss. Der Präsident des Bayerischen Landesamts für Umwelt, Professor Albert Göttele, brachte es auf den Punkt: „Lassen sie uns die Substanz erhalten und lassen sie uns das rechtzeitig tun.“

Ministerialrat und Diplom-Ingenieur Michael Haug vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz erläuterte die Strukturen einer modernen Siedlungswasserwirtschaft in kommunaler Verantwortung. Dabei hob er die Einbeziehung zertifizierter Rohrleitungsbauunternehmen bei den Ver- und Entsorgern als einen wesentlichen Teil der Modernisierungsstrategie hervor, die vom Bayerischen Umweltministerium unterstützt wird.

Einen Vergleich mit der Situation in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden und die daraus ableitbaren Lehren für die heimische Wasserwirtschaft stellte Regierungsrat Dr. Matthias Egerer aus dem Bayerischen Staatsministerium für

Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vor. „Die Erhöhung der Effizienz kann in Bayern weder durch eine vollkommene Privatisierung noch durch einen hohen Grad der Konzentration von Ver- und Entsorgungsunternehmen erreicht werden“, sagte Regierungsrat Egerer. „Die Partnerschaft der Wasserwirtschaft mit hierfür zertifizierten Dienstleistern stellt eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung dar, die wir unterstützen, um französische oder englische Zustände zu vermeiden.“

Die technischen und organisatorischen Anforderungen an den Betrieb eines Wasserversorgungsunternehmens erläuterte der Geschäftsführer der DVGW-Landesgruppe Bayern, Diplom-Ingenieur Jörn-Helge Möller. In seinem Vortrag hob er hervor, dass der Bürgermeister für den ordnungsgemäßen Betrieb der kommunalen Ver- und Entsorgungseinrichtungen haftet. Daher betonte er die Notwendigkeit eines funktionierenden Bereitschaftsdienstes. „Es geht nicht, dass eine einzelne Person sieben Tage die Woche 24 Stunden rund um die Uhr Bereitschaftsdienst hat und noch in seiner Freizeit einen Stö-

rungrupp via Mobiltelefon koordiniert“, erläuterte Möller die Situation, die auf Personalmangel zurückzuführen sei. Zusätzlich würden die technischen und organisatorischen Vorschriften bei Ver- und Entsorgern „leider hier und da nicht eingehalten“, meinte Möller.

Auf die Vorteile sowie die Perspektiven von Kooperation zwischen kommunaler Hand und zertifizierten Fachfirmen ging daraufhin der Vertreter des Bayerischen Bauindustrieverbandes und Vorsitzende der Bundesfachabteilung Leitungsbau im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Diplom-Ingenieur Ewald Weber, ein. Zum Abschluss stellte der Vorsitzende der rbv-Landesgruppe Bayern, Diplom-Ingenieur Dieter Beck, zusammen mit Diplom-Ingenieur Marcus Scheuerer die verschiedenen Modelle der Zusammenarbeit vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion waren sich die Vertreter der Rohrleitungsbaubranche darüber einig, dass es bisher zu wenig Möglichkeiten gäbe, in der Ver- und Entsorgungswirtschaft ihre Kompetenzen als Dienstleister unter Beweis zu stellen: „Wir müssen ins

Gespräch kommen und die Chance erhalten, den kommunalen Versorgern und Abwasserzweckverbänden unsere Leistungsfähigkeit in ersten konkreten Schritten, wie beispielsweise der Übernahme des Bereitschaftsdienstes, aufzuzeigen“, sagte Beck stellvertretend für die Rohrleitungsbauunternehmen.

Darum soll durch Pilotprojekte die Kooperation zwischen den bayerischen Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen und zertifizierten Rohrleitungsbauunternehmen erprobt werden. In Bayern existieren bereits vereinzelt Kooperationsmodelle in Form von Instandhaltungs- und Bereitschaftsdiensten durch private Dienstleister. „Die vorliegenden Erfahrungen sind aber zu gering“, sagte Weber. Daher sollen Pilotprojekte jetzt die Chancen für eine intensivere und längerfristige Kooperation ausloten. „Für die Durchführung suchen wir interessierte Kommunen“, erläuterte Beck. Insbesondere kämen für die Pilotprojekte Gemeinden in Frage, die Investitionen in ihr Rohrnetz tätigen müssen, weil dieses überaltert oder schadhaft ist.